

Ein Leben ohne Hass

Als sie sich von ihrem Mann trennen wollte, folgte kein Tag ohne Beschimpfung oder Beleidigung. Das Frauenhaus war die Rettung.

Sabrina Manser

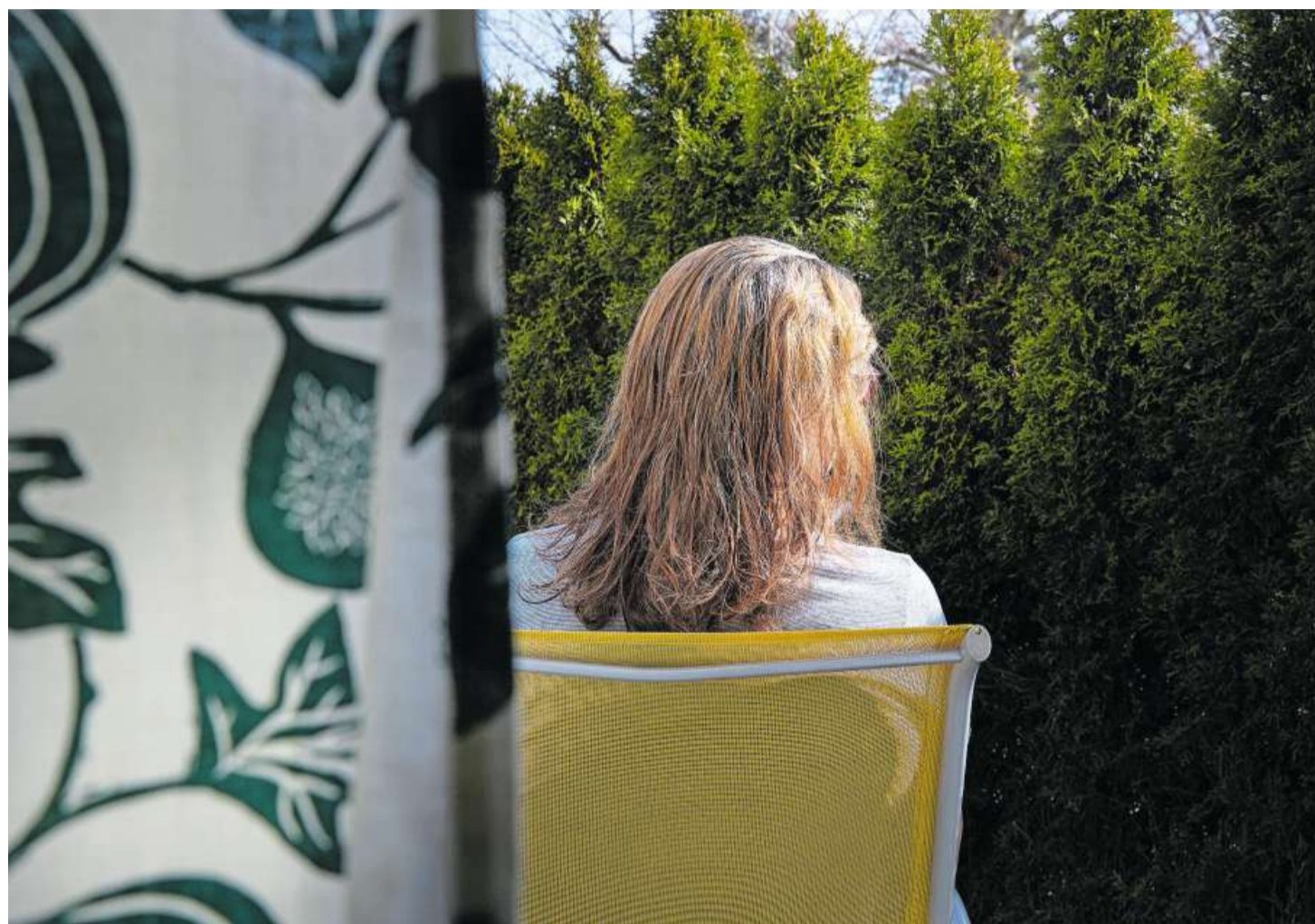
Es war vor einem Jahr. Als alles stillstand. Als ein Blick aus dem Fenster nur leere Strassen zeigte. Die eigenen vier Wände wurden enger, für manche Familien zu eng. Das führte zu mehr häuslicher Gewalt im Kanton St.Gallen. Mehr als die Hälfte der Polizeieinsätze bei Familien erfolgten aufgrund eskalierender Konflikte, die mit Beleidigungen, Anschreien und leichter psychischer Gewalt begannen hatten. Auch die Opferhilfe und das Frauenhaus melden eine höhere Auslastung gegenüber den Vorjahren.

Die Form von psychischer Gewalt erlebte auch eine Frau Anfang vierzig aus dem Thurgau. Mehrere Monate ertrug sie dieses Leid, bis das Frauenhaus in St.Gallen ihre letzte Option war.

Es ist noch nicht vorbei

Auf den ersten Blick scheint man ihr nicht anzusehen, was sie vor einem Jahr durchgemacht hat und auch noch heute durchmacht. Die Augen wach, ein freundliches Hallo. Die Maske deckt es ab, doch bestimmt ist darunter ein Lächeln. Schnell rückt Maria (Name geändert) mit der Sprache raus: «Ich bin sehr froh, dass ich heute alleine bin.» Doch die Probleme mit ihrem Ex-Mann seien noch nicht aus der Welt geschafft. Das Erlebte sei auch an den Kindern nicht spurlos vorbeigegangen. Die beiden älteren Söhne, acht und zehn Jahre alt, würden in Therapie gehen. Die vierjährige Tochter verstehe das Ganze zum Glück noch nicht.

Alles begann vor mehr als einem Jahr. Maria wollte zurück nach Spanien, in ihr Heimatland. «Ich bin hier alleine, meine Familie und Freunde sind in Spanien und ich kann hier mit meinem Beruf als Psychologin keine Stelle finden.» Anfangs sei ihr Ex-Mann, der aus Spanien und Italien stammt, damit einverstanden gewesen. Ein Monat



Während des ersten Lockdowns verbrachte Maria drei Wochen mit ihren Kindern im Frauenhaus.

Bild: Tobias Garcia

später sagte sie ihm, sie wolle auch die Scheidung. Sie sei schon länger nicht mehr glücklich in ihrer Beziehung gewesen.

Tägliche Beschimpfungen und Beleidigungen

Eines Morgens habe sie beim Falten der Wäsche entdeckt, wie all ihre Kleider zerschnitten und zerrissen waren. Daraufhin habe sie ihm gesagt, dass sie nun definitiv mit den Reisevorbereitungen beginnen werde. «Er dachte, ich wolle ihm die Kinder wegnehmen, das war nie meine Absicht.» Sie schüttelt den Kopf. «Wir hätten uns arrangieren können, er hat in Spanien auch eine Wohnung.» Maria unterstreicht die Worte mit ihren Händen. «Er hat gesagt: «Mach, was du willst, aber die Kinder bleiben hier.» Also musste ich

meinen Plan ändern.» Sie sagt: «Ich habe realisiert, dass ich hierbleiben muss.»

Schon seit sich Maria erinnern mag, trinkt ihr Ex-Mann Alkohol, täglich. Nach seinem Wutanfall habe er sich wohl Hilfe geholt, aber gleichzeitig fing auch die Beschimpfungen und Beleidigungen an, Tag für Tag. «Ich wolle die Familie zerstören, ich sei böse, ich sei scheisse, sagte er.» Sie hätten kein normales Gespräch mehr führen können.

Vier Monate lang habe sie diese Hetze ertragen. «Ich bin eigentlich eine ruhige Person, aber irgendwann hatte ich Panikattacken, habe 13 Kilo abgenommen.» Auch für die Kinder sei es schwierig gewesen. «Sie haben gefragt «Warum macht Papa solche Sachen.» Sie habe

erklärt, dass es ihm nicht gut gehe. Immer wieder habe er sich für sein Verhalten entschuldigt.

«Ich bin jeweils um acht Uhr mit den Kindern ins Bett, damit ich ihn nicht aushalten muss.» Wenn er von der Arbeit kam, sei er sehr oft schon betrunken gewesen. Sobald andere Personen bei ihnen waren, sei er der perfekte Ehemann gewesen. Wenn sie alleine waren, wehte ein anderer Wind.

Ohne Hilfe und alleine gelassen

Bei jeglichen Stellen habe sie um Hilfe gebeten, sogar in Spanien. «Niemand hat mich ernst genommen, weil ich keine physische Gewalt erlitt. Ich litt unter psychischer Gewalt.» Auch der Anwalt habe ihr nicht geglaubt. «Ich sei wehleidig, hat er gesagt.

Das war einfach frustrierend.» Ihre Augen sprechen Bände: ungläubig, fassungslos. Lediglich ihre Familie und Freunde in Spanien hätten zu ihr gehalten.

Als die Beschimpfungen begannen, habe ihr die Schwägerin die Kontaktdaten für das Frauenhaus gegeben. «Ich hätte nie gedacht, dass ich dorthin gehen muss.» Aber als dann der Gerichtstermin für die Scheidung coronabedingt abgesagt werden musste, war ihr letzter Hoffnungsschimmer auf Besserung erloschen. «Ich konnte nicht mehr, es war die einzige Lösung.» Die Kinder hätten endlich Stabilität gebraucht.

«Nach diesen vier Monaten Hölle war es wie Ferien für mich.» Da das Frauenhaus in Winterthur keinen freien Platz mehr hatte, musste sie nach

St.Gallen gehen. Der Aufenthalt im Frauenhaus habe ihr Kraft gegeben. Sie habe sich dort gut aufgehoben gefühlt, verstanden, nicht alleine gelassen. Was hilfreich gewesen sei, gerade in Zeiten eines Lockdowns. Sie sagt mit fester Stimme: «Das erste Mal hat mir jemand zugehört und geglaubt.»

Den jüngeren beiden Kindern habe es dort gefallen. Sie hätten im Garten spielen können, man habe mit ihnen gebastelt. Lediglich der Älteste habe gegen den Schluss wieder zum Vater zurück gehen wollen. «Obwohl es dort Gewalt gab.» Drei Wochen war Maria mit ihren Kindern im Frauenhaus. Man habe sie darin unterstützt, die Wohnsituation zu organisieren, habe mit der Schule Rücksprache gehalten.

«Und die Kinder sind in der Mitte»

Heute haben Maria und ihr Ex-Mann je eine eigene Wohnung und teilen sich das Sorgerecht. «Ich verstehe nicht, dass er sich um die Kinder kümmern darf, solange er instabil ist.» Er sei ihr gegenüber heute noch feindselig, hetze die Kinder gegen sie auf. «Es tut weh, wenn die Kinder sagen, ich sei böse.» Die Spannung in der Luft wird spürbar. «Er will mir Leid zufügen und die Kinder sind in der Mitte.»

Seit der Trennung lebe sie vom Sozialamt. Sie wolle sich eine Arbeit suchen, aber es sei nicht einfach – wegen der Pandemie, wegen der Sprache. Nach Spanien gehen, das wolle sie irgendwann. «Ich will einfach ein normales Leben führen, ohne Hass.» Sie blickt in die Ferne: «Ich habe kein schlechtes Gewissen. Ich wollte mich nur trennen und die Kinder schützen.»

Hinweis

Hier erhalten Sie Hilfe, wenn Sie zu Hause Gewalt erleben: Frauenhaus St.Gallen: 071 250 03 45, Opferhilfe St.Gallen: 071 227 11 00, Fachstelle Opferhilfe Thurgau: 052 723 48 26

Nachgefragt

«Was in Liestal passiert ist, beschäftigt mich»

Am Samstag vor einer Woche zogen bis zu 8000 Personen durch Liestal, um gegen die Coronamassnahmen des Bundes zu demonstrieren. Dabei hielten sich die meisten nicht an die Masken- und Abstandspflicht. Eine ähnliche Kundgebung vom 10. April in Altdorf hat die Urner Sicherheitsdirektion nicht bewilligt. Heute entscheidet der Rapperswiler Stadtrat unter Präsident **Martin Stöckling** über das Gesuch einer Anti-Massnahmendemonstration.

Am 24. April hat der Verein Stiller Protest in Rapperswil eine Demonstration gegen die Coronamassnahmen geplant. Wie finden Sie das?

Martin Stöckling: Bisher hatte ich das Ganze relativ gelassen gesehen. Doch was in Liestal passiert ist, beschäftigt mich. Dass über 6000 unzufriedene Menschen zusammenfinden, von denen sich ein Grossteil um die Vorgaben des Bundes foutiert, ist heftig. Dieses Auflehnen gegen den Staat gibt mir zu denken. Wenn politischen Behörden die Glaubwürdigkeit abhandenkommt, wird unser Job schwierig. Das sage ich nicht, weil ich ungern unpopuläre Entscheidungen fälle.

Warum kommen die Demonstranten gerade auf Rapperswil? Gibt es hier viele Coronaskeptiker?

Ich denke nicht. Es liegt aber auf der Hand, dass ein solches Gesuch nur in einem Kanton gestellt wird, in dem Versammlungen von über 15 Personen erlaubt sind. Die Kantone Bern und Zürich etwa haben solche Veranstaltungen verboten. Wir sind die 26.-grösste Gemeinde der Schweiz und die Veranstalter meiden Kantonshauptorte. Das sind aber Mutmassungen.

Wird die Stadt dem Verein eine Bewilligung ausstellen? Der Stadtrat wird das Gesuch heute behandeln.

Welche Aspekte sind ausschlaggebend für die Erteilung einer Bewilligung?

Die Hauptfrage ist jene nach dem Platz. Wir haben nicht Platz für 10 000 Leute. Dann müssen wir sicher sein, dass die Auflagen des Bundes, Abstandhalten und Masken-



Martin Stöckling, Stadtpräsident von Rapperswil-Jona. Bild: PD

pflicht, eingehalten werden. Auch das Verkehrsaufkommen muss geregelt werden. Wenn man mit 6000 Leuten rechnet, kommt eine Blechlawine auf uns zu. Wir haben uns mit dem Verein Stiller Protest, mit den Behörden von Liestal und Uri sowie mit der Kantonspolizei St.Gallen ausgetauscht.

Welche rechtlichen Mittel hätten Sie, um die Demo zu verbieten?

Wenn die behördlichen und gesetzlichen Vorgaben nicht eingehalten werden können oder davon ausgegangen werden muss, dass der Wille zur Einhaltung nicht vorhanden ist, können wir das Gesuch ablehnen.

Und damit das Grundrecht der Versammlungsfreiheit beschneiden?

Ja. Nur ist die körperliche Unversehrtheit auch ein Grundrecht. Wer sich um die Maskenpflicht schert, gefährdet unter Umständen die Gesundheit unbeteiligter Passanten. Als Behörde müssen wir die Leute schützen, teils auch vor sich selber. Am Ende ist es eine Interessenabwägung.

Fürchten Sie einen Reputationschaden für die Stadt?

Nein. Vor allem auch, weil ich die #Noliestal-Kampagne nicht als negativ für Liestal empfinde. In Uri hat das Verbot der Kundgebung zu einem Umdenken geführt. (jan)